



International Campaign for Tibet Deutschland e.V.
Marienstraße 30
10117 Berlin
Tel.: 030 / 27879086
Fax: 030 / 27879087
www.savetibet.de

Positionspapier

September 2006

Religionsfreiheit in Tibet

Glaubens- und Religionsfreiheit und die freie Religionsausübung unterliegen in Tibet massiven und systematischen Einschränkungen. Geistliche und Gläubige des tibetischen Buddhismus werden an ihrer freien Religionsausübung gehindert. Klöster und andere religiöse Einrichtungen unterliegen Repressionen und Überwachungsmaßnahmen seitens der chinesischen Sicherheitsbehörden. Sie sind Hauptziel sog. patriotischer Umerziehungsmaßnahmen. Geistliche, die gewaltlos Widerstand leisten oder friedlich politisches Engagement zeigen, werden oftmals inhaftiert, ohne faire Gerichtsverfahren verurteilt oder in Gewahrsam der Sicherheitsbehörden misshandelt oder gefoltert.

Buddhistische Mönche und Nonnen bilden noch immer die größte Gruppe politischer Gefangener in Tibet. Bei der großen Mehrzahl der Inhaftierungen handelte es sich Berichten unabhängiger Beobachter zufolge um Personen in religiösen Stellungen. Viele Nonnen und Mönche werden zu Haftstrafen verurteilt, weil sie ein Portrait des Dalai Lama, dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter, besitzen oder weil sie sich weigern, die Politik des Dalai Lama zu kritisieren.

Im Oktober 2005 wurde das Kloster Drepung unweit Lhasa Ziel „patriotischer Umerziehungsmaßnahmen“ durch chinesische „Arbeitsteam-Kader“. Dem Vernehmen nach wurden die Mönche des Klosters am 23. November 2005 aufgefordert, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie den Dalai Lama, das geistliche und weltliche Oberhaupt der Tibeter, als „Separatisten“ bezeichnen und Tibet als Teil von China anerkennen sollten. Auf die Weigerung der Mönche reagierten die chinesischen Behörden mit Verhaftungen und verschärften Restriktionen. Mindestens ein leitender Geistlicher und mehrere andere Mönche wurden kurzfristig festgenommen. Ein friedlicher Schweigeprotest von mehreren hundert Mönchen wurde durch Sicherheitskräfte gewaltsam beendet, mehrere Mönche des Klosters verwiesen und eine Aus- und Zugangssperre über die Einrichtung verhängt.

Im Jahre 1995 wurde der vom Dalai Lama als 11. Panchen Lama anerkannte Gedhun Choe-kyi Nyima von chinesischen Sicherheitsbehörden entführt und an einen bis heute unbekann-

ten Ort verbracht. Peking setzte daraufhin einen eigenen Panchen Lama ein. Der Panchen Lama ist für Tibet von großer religiöser und politischer Bedeutung und mit dem Dalai Lama eng verbunden. So war der jeweils Ältere mitunter der Lehrer des Jüngeren und gab das spirituelle Erbe Tibets an ihn weiter. Zudem spielt der Panchen Lama eine entscheidende Rolle bei der Auswahl des nächsten Dalai Lama. Jegliche Appelle an die chinesische Regierung, ein Lebenszeichen des „echten“ 11. Panchen Lama zu übermitteln oder Zugang zu seinem Aufenthaltsort zu erhalten, waren bisher vergebens. Weder die Vereinten Nationen noch internationale Menschenrechtsorganisationen durften seither mit ihm oder seiner Familie Kontakt aufnehmen.

Der buddhistische Mönch Tenzin Delek Rinpoche und andere Tibeter wurden im April 2002 nach einem Bombenanschlag in Chengdu verhaftet. Augenscheinlich waren diese Verhaftungen politisch motiviert, da Tenzin Delek durch sein öffentliches Eintreten für den Dalai Lama und durch sein soziales Engagement in der Region über ein hohes Ansehen verfügt. Das Gerichtsverfahren entsprach keinen anerkannten internationalen Standards und fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit ohne Rechtsbeistand für die Beschuldigten statt. Tenzin Delek beteuert bis heute seine Unschuld. Das gegen ihn zunächst verhängte Todesurteil wurde im Januar 2005 in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt.

Im März 2003 konnte die Nonne Ngawang Sangdrol nach mehr als elfjähriger Haft in chinesischen Gefängnissen in die USA ausreisen. Nach ihrer Freilassung berichtete sie u.a., dass sie während ihrer gesamten Haft und insbesondere im Gefängnis Drapchi in Tibet fortdauernder Folter mit Elektroschocks, Schlägen und Haltungen in extremen Körperpositionen ausgesetzt war. Bei ihrer Festnahme war Ngawang Sangdrol dreizehn Jahre alt.

Die Häufigkeit, mit der man Folter als Vergeltungsmaßnahme für politische oder religiöse Aktivitäten einsetzt, gibt Anlass zur Sorge und verstößt gegen die Selbstverpflichtung der Volksrepublik China zur Einhaltung des „Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“ (CAT). Obwohl die VR China das CAT-Übereinkommen bereits 1988 unterzeichnet hat, mussten Berichten zufolge seither mindestens 41 Todesfälle nachweislich durch schwere Misshandlungen in der Haft zur Kenntnis genommen werden. Bei mindestens 29 der Opfer handelt es sich um Mönche und Nonnen.

Tibetische Geistliche, die sich in polizeilichem Gewahrsam befanden, berichten ICT von folgenden Misshandlungen: sie wurden geschlagen, mit Elektroschocks gefoltert, Kälte ausgesetzt und zu schwerster körperlicher Zwangsarbeit genötigt. Mitunter werden Gefangene über Öfen oder offenen Feuern aufgehängt, wo sie aufgrund Hitzeeinwirkung und Erschöpfung kollabieren. Zudem entzieht man ihnen häufig über lange Zeiträume Essen, Schlaf oder Wasser, oder setzt sie Isolationshaft in dunklen Einzelzellen aus.

Infolge des nachhaltigen Drucks auf religiöse Führer sind die beiden ranghöchsten religiösen Würdenträger (nach dem Panchen Lama) in den letzten Jahren aus Tibet geflohen. Der 17. Karmapa, Oberhaupt der einflussreichen buddhistischen Kagyu-Schule, wagte im Dezember 1999 eine riskante Flucht über den Himalaya, um in einem Kloster in Indien seinen Studien nachgehen zu können. Ein Jahr zuvor floh Ajia Rinpoche, der Abt des Klosters Kumbum, in die USA, weil die Behörden ihn zwingen wollten, den Dalai Lama zu diskreditieren und mit religiös verbrämten Strategien zur Untergrabung des tibetischen Buddhismus beizutragen.

Weitere Einschränkungen der Religionsfreiheit in Tibet umfassen: Altersbeschränkungen für Mönchs- und Nonnennovizen; Begrenzung der Anzahl von Nonnen und Mönchen in den einzelnen Klöstern, Einflussnahme auf die Ernennung von klösterlichen und religiösen Würdenträgern, Ausschluss von Mönchen und Nonnen aus den Klöstern wegen Teilnahme an friedlichen Demonstrationen und Einschränkung ihrer Freizügigkeit.

Hintergrund

Von der Besetzung Tibets durch die chinesische Volksbefreiungsarmee im Jahre 1950 bis zum Volksaufstand von 1959 konnte der Buddhismus in Tibet relativ frei praktiziert werden. Dann aber bekämpfte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) jeden Ausdruck von Religiosität, zerstörte einen Großteil der über sechstausend praktizierenden Klöster und vernichtete religiöse Schriften und Ritualgegenstände. Das gesamte Klosterleben Tibets sollte ausgelöscht werden; die Behörden töteten tausende Mönche und Nonnen und deportierten den restlichen Klerus zur Zwangsarbeit in Arbeitslager. Mit dem Tode Mao Zedongs im Jahre 1976 und dem Aufstieg Deng Xiaopings entstand in China und Tibet eine neue Kultur- und Wirtschaftspolitik, die die Einschränkungen religiöser Aktivitäten in Tibet lockerte. Es begann ein Wiederaufbau der heiligen buddhistischen Stätten, religiöse Würdenträger wurden "rehabilitiert" und es fand eine Wiederbelebung des Klosteralltags statt.

In den letzten Jahren lässt sich eine neue Suche nach kultureller und sozialer Identität in Tibet beobachten, die häufig mit religiösen Institutionen in Verbindung gebracht wird. Der tibetische Buddhismus bildet auch weiterhin einen wesentlichen Bestandteil tibetischer Identität und wird deshalb als eine Gefahr für die Autorität des Staates und die Einheit der VR China angesehen. Die chinesische Führung betrachtet den Dalai Lama als Haupthindernis für die politische Stabilität in Tibet. Den Buddhismus zu praktizieren oder ein Bild des Dalai Lama aufzustellen, ist für viele Tibeter die einzige Möglichkeit, ihre Identität auszudrücken - und in einigen Fällen ist es auch Ausdruck für ihre Opposition gegenüber der KPCh. Daher sind in Tibet religiöse Fragen stets mit dem Machterhalt der chinesischen Besatzer und der Unterdrückung "separatistischer Tendenzen" verbunden - den strategischen Zielen, an denen sich alle politischen Aktivitäten der VR China in Tibet orientieren.

Jüngste Entwicklungen im Rechtsbereich

Auf rechtlichem Gebiet hat die chinesische Staatsführung zweifellos einige Reformen auf den Weg gebracht. Die Verfassung der VR China wurde zuletzt in den Jahren 1993, 1999 und 2004 um zahlreiche Vorschriften ergänzt. Dazu zählten neue Bestimmungen, welche Folter in Polizeigewahrsam verhindern sollen, sowie eine Verfassungsergänzung vom März 2004, in der es heißt, dass „der Staat die Menschenrechte respektiert und schützt“.

Die Verfassung der VR China sieht ferner in Art. 36 vor, dass jeder Bürger der Volksrepublik Religionsfreiheit genießt, erklärt jedoch unmittelbar nach dieser Feststellung, dass der Staat „normale“ religiöse Aktivitäten schütze und ansonsten jede Religionsausübung verboten sei, die die öffentliche Sicherheit und die Gesundheit gefährde sowie dem staatlichen Bildungssystem zuwiderlaufe. Mithin ist grundsätzlich die Glaubensfreiheit, aber nicht die freie Religionsausübung durch die Verfassung der VR China geschützt und weitgehend den Behörden überlassen, was sie unter „akzeptablen“ religiösen Praktiken verstehen. Neue Vorschriften,

die am 1. März 2005 in Kraft getreten sind, sehen scharfe Sanktionen vor, sollten Anforderungen bspw. in Hinblick auf die Registrierung von Glaubensgemeinschaften nicht beachtet werden. Auch diese Vorschriften schützen nur die „legitime“ Religionsausübung und sind damit Beleg einer nach wie vor restriktiven Religionspolitik.

Allerdings ist die faktische und juristische Reichweite der Religions- und Glaubensfreiheit in der VR China ohnehin eingeschränkt. Kurz nach Inkrafttreten der Verfassungsänderungen von 1993 etwa erließ das Büro für religiöse Angelegenheiten der KPCh Regeln, die im Wesentlichen die alte Religionspolitik der Partei fortschreiben. Hierzu gehört die Respektierung der Religionsfreiheit bei strikter Kontrolle des religiösen Lebens. Hinzu kommt, dass notwendige institutionelle Reformen bislang ausgeblieben sind. Es fehlt etwa ein oberstes Gericht, das den Vollzug und die Anwendung der Verfassungsnormen und auch der Religionsfreiheit juristisch überwacht. Dagegen ist es der Nationale Volkskongress, der die Arbeit des Höchsten Volksgerichtes überwacht. Die Unabhängigkeit der Justiz ist daher nicht gewährleistet.

Politik der chinesischen Regierung

1994 leitete das „Dritte Nationale Arbeitsforum in Tibet“ weitgreifende Restriktionen gegen den tibetischen Buddhismus ein. Diese Regelungen umfassten: schärfere Kontrollen klösterlicher Institutionen, das Verbot von Wiederaufbau religiöser Gebäude (sofern keine offizielle Erlaubnis erteilt wurde), Einflussnahme auf die Ernennung von klösterlichen und religiösen Würdenträgern, die Beschränkung der Anzahl von Mönchen und Nonnen pro Kloster sowie deren Überwachung, Erfassung in Registern und Umerziehung. Erneut wurden Anstrengungen unternommen, um Religiosität unter tibetischen Mitgliedern der KPCh zu unterbinden. Des Weiteren rief das „Dritte Arbeitsforum“ eine ausgesprochen aggressive Kampagne gegen die Autorität des Dalai Lama ins Leben. Die KPCh bezeichnete darin den Einfluss des Dalai Lama und der „Dalai-Clique“ als Wurzel der Instabilität Tibets.

Neu geschaffene Verwaltungsstrukturen in Tibet erlauben es der chinesischen Führung, religiöse Institutionen in für sie kontrollierbaren Schranken zu halten. So richteten die Behörden in Klöstern „Demokratische Verwaltungskomitees“ ein, die als Auge und Ohr der Partei fungieren und deren Richtlinien und Strategien auch in entlegenen Regionen umsetzen. Gemeinsam mit den hierfür geschaffenen „Arbeitsgruppen“ der Regierung suchen sie in den Klöstern nach mutmaßlichen Dissidenten. Zahlreiche Nonnen und Mönche wurden aus ihren Klöstern vertrieben und sogar auf Anraten des jeweiligen Komitees verhaftet. Viele Geistliche verurteilte man zu Haftstrafen, weil sie ein Bild des Dalai Lama besaßen, sich weigerten, Widerstand gegen ihr geistiges Oberhaupt zu leisten oder an friedlichen Demonstrationen teilnahmen.

Im Mai 1996 lancierte die Partei zudem eine Kampagne zur „patriotischen Umerziehung“, bei der sie „Arbeitsgruppen“ in die Klöster in ganz Tibet schickt. Auf Versammlungen zur „patriotischen Umerziehung“ versuchen diese Gruppen, regimekritische Mönche und Nonnen zu identifizieren, die dann aus dem Kloster ausgeschlossen oder festgenommen werden. Sie stellen sicher, dass die Prinzipien der Partei Oberhand über die buddhistischen Lehren behalten. Geistliche werden aufgefordert, Tibet als unveräußerlichen Teil der Volksrepublik China anzuerkennen und sich dazu zu verpflichten, loyal gegenüber der Führung der Kommunistischen Partei zu sein. Außerdem zwingt man sie einen Eid abzulegen, in dem sie sich

schriftlich von der „Dalai-Clique“ distanzieren, den Dalai Lama diskreditieren und den von der chinesischen Regierung zum 11. Panchen Lama bestimmten Jungen anerkennen.

Forderungen der International Campaign for Tibet

Um Religions- und Glaubensfreiheit sowie die freie Religionsausübung in Tibet zu garantieren, fordert die *International Campaign for Tibet* tief greifende strukturelle Reformen des chinesischen politischen Systems. Als einleitende Maßnahmen

- müssen die „Demokratischen Verwaltungskomitees“ in Tibet aufgelöst werden
- müssen die „Arbeitsgruppen“ in den Klöstern abgeschafft werden
- müssen politische Häftlinge, einschließlich des Panchen Lamas, entlassen werden
- muss den Tibetern erlaubt werden, ihre religiösen Führer selbst auszuwählen und einzusetzen
- muss den Tibetern gestattet werden, den Dalai Lama zu verehren und getreu ihrer Tradition sein Bild zu zeigen.

Weiterführende Literatur:

- International Campaign for Tibet, "A Season to Purge: Religious Repression in Tibet." Washington 1996.
- International Campaign for Tibet, "When The Sky Fell On Earth", Washington 2004.
- MacInnis, Donald E. (Ed), „Religion im heutigen China", Nettetal 1993.
- Panchen Lama, „A Poisoned Arrow: The Secret Report of the Panchen Lama.", London 1997.
- Schwarz, Ronald, „Circle of Protest", New York 1994
- Ya Hanzhang, „Biographies of the Tibetan Spiritual Leaders Panchen Erdenis.", Beijing 1996.